

Einleitung

„Ein totes Ministerium kann nicht sterben“,¹ stellte das Magazin der Süddeutschen Zeitung am 19. Oktober 1990 lakonisch in einer Reportage fest, die nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes den Zustand jenes Bonner Kabinettsressorts beschrieb, das sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 in den Dienst der deutschen Wiedervereinigung gestellt hatte. Diese war nun wenige Tage zuvor vollzogen worden. Doch die Rolle, die das frühere Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) in den politischen Prozessen des denkwürdigen Jahres 1989/90 spielte, als „die Weltgeschichte um die Ecke [bog]“,² war eher die eines Zaungastes. Denn als der Beitritt der fünf ostdeutschen³ Länder zur Bundesrepublik vorbereitet wurde, war es nicht das zwischenzeitlich in BMB umbenannte innerdeutsche Ministerium, das wirkungsvoll auf der politischen Bühne agierte. Vielmehr wurde der Einigungsvertrag von dem damaligen Kohl-Vertrauten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in enger Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundeswirtschaftsministerium ausgehandelt.⁴ Und was die Beseitigung der internationalen Hürden zur Lösung der „deutschen Frage“ anbelangte, waren es der Bundeskanzler und sein Außenminister, die die politischen Geschicke maßgeblich lenkten.⁵

¹ Peter Meroth/Michael Jostmeier: Ende eines Dienstweges. Werden die Beamten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen nach der Wiedervereinigung zu Beziehungswaisen? Bericht aus dem Innern eines Behördenfossils, in: Süddeutsche Zeitung MAGAZIN, Nr. 42, 19.10.1990, S. 71 (künftig zitiert: Meroth/Jostmeier, Ende eines Dienstweges).

² So der Historiker Theodor Mommsen in einem Brief an seinen Bruder Tycho, in dem er den Sieg Preußens über Österreich im Jahre 1866 kommentierte, zit. nach: Joachim Fest: Theodor Mommsen. Zwei Wege zur Geschichte – Eine biographische Skizze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.7.1982.

³ Die Bezeichnung „Ostdeutschland“ wird im Folgenden in der seit der Wiedervereinigung gebräuchlichen Bedeutung für die ehemalige SBZ/DDR verwandt. Die historischen ostdeutschen Territorien werden dagegen unter dem Terminus „deutsche Gebiete jenseits von Oder und Neiße“ geführt.

⁴ Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991.

⁵ Zu den Hintergründen dazu siehe: Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998. – Einen Überblick über die Ereignisse und Abläufe im Prozess der deutschen Einheit geben: Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989 (= Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1). Stuttgart 1998. – Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (= Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2). Stuttgart 1998. – Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90 (= Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 3). Stuttgart 1998. – Werner Weidenfeld u.a.: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90 (= Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 4). Stuttgart 1998. – Siehe ebenso die umfangreichen neueren Forschungen, zusammengefasst, eingeordnet und nachgewiesen in: Michael Richter: Der Weg zur deutschen Einheit, in: Rainer Eppelmann u.a. (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u.a. 2003, S. 353–359 (künftig zitiert: Eppelmann, DDR-Forschung). – Siehe auch die dortige Bibliographie, ebd., S. 525–530.

Damit schien sich letztendlich zu bestätigen, was in der westdeutschen Öffentlichkeit schon länger augenfällig geworden war: BMG und BMB waren nichts anderes als die für jedermann sichtbaren Rückstände einer überholten Wiedervereinigungsrhetorik, an die lange keiner mehr ernsthaft zu glauben gewagt hatte. Dass die staatliche Einheit am Ende dennoch kam, war vielen Faktoren, aber nicht unbedingt der unmittelbaren Existenz oder Tätigkeit dieses Ministeriums zu verdanken. So überrascht es nicht, wenn aus der Rückschau und unter dem direkten Eindruck der Wiedervereinigung das gesamtdeutsche Ressort als ein Behördenfossil wahrgenommen wurde – ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten, ein politisches Geschöpf des Kalten Krieges, der spätestens seit 1991 der Vergangenheit angehörte. So gesehen und vom Ende her betrachtet mochten Außenstehende das BMG für eine in die Jahre gekommene Bundesbehörde halten, die sich mehr um Fragen der eigenen Betriebsgruppe und die Wachsamkeit vor konkurrierenden Institutionen sorgte als um den eigentlichen politischen Auftrag, von dem offenbar gar nicht mehr so richtig klar war, worin er eigentlich bestand. Und selbst ein Streifzug durch die Flure und Büroräume des Ministeriums, die mit Farbaufnahmen der Danziger Marienkirche oder anderen Zeugnissen der ostdeutschen Kultur dekoriert und mit Bücherregalen bestückt waren, in denen sich Werke wie das *Ostdeutsche Lesebuch*, das *Kulturpolitische Wörterbuch* oder der Bildband *Berlin Hauptstadt gestern – heute – morgen* befanden, bestätigten eher bestehende Vorurteile und Klischees. Wenn bei kritischen Betrachtern der späten 1980er-Jahre zudem das BMB als ein Ressort gesehen wurde, in dem ein – mit den inzwischen gewandelten Zeiten kaum mehr zu vereinbarender – alter konspirativer Geist des Kalten Krieges noch anzutreffen war, dann trugen die dort an den Wänden, Telefonen und sogar auf den Notizblöcken prangenden Geheimschutzparolen wie „Schweigen ist Sicherheit!“, „Geheimschutzpräventive Spionageabwehr!“, „Der Papagei plappert, plappert, plappert ... Sie nicht!“ ganz wesentlich mit dazu bei.⁶

Die Geschichte des BMG ist indes keineswegs die eines „undefinierbaren Ministeriums“,⁷ das lediglich ein Schattendasein geführt hat. So sehr es in den letzten Jahren vor der Vereinigung einen solchen Eindruck vermittelte, so wenig traf dies für die Hochphase des Kalten Krieges oder für die Anfangszeit der Entspannungspolitik zu. Keine politische Institution in der Bundesrepublik spiegelt in all den Jahren der staatlichen Teilung das facettenreiche, von besonderer menschlicher Tragik, von Irrationalität und Widersprüchlichkeiten geprägte innerdeutsche Verhältnis so wider wie das gesamtdeutsche Ressort. An seiner Geschichte lässt sich geradezu exemplarisch die wechselvolle Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen aufzeigen.

Die offiziellen Verlautbarungen und Stellungnahmen der damaligen hauptverantwortlichen Politiker sind in diesem Zusammenhang wenig aussagekräftig. Anders verhält es sich dagegen mit den Aktionen, Einschätzungen, geheimen Papieren

⁶ Meroth/Jostmeier, Ende eines Dienstweges, S. 71.

⁷ Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer 1949–1957. Gründerjahre der Republik (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2). Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 35 (künftig zitiert: Schwarz, Ära Adenauer).

und Verschlussachen, die einstmals in den Amtsstuben des BMG konzipiert wurden. Dass davon wenig nach außen drang, lag in der Natur der Sache. Denn unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts mussten die Akteure des seinerzeit als „Kaiser-Ministerium“ bekannten Bonner Kabinettsressorts zumeist aus dem Hintergrund agieren, wenn ihre Operationen einigermaßen erfolgversprechend sein sollten. Humanitäre Hilfsaktionen, wie beispielsweise der Freikauf politischer Gefangener aus der DDR oder die Familienzusammenführungen, hätten anders ebenso wenig durchgeführt werden können wie etwa die zahlreichen gegen die DDR gerichteten Destabilisierungsmaßnahmen in den 1950er- oder die sich seit den ausgehenden 1960er-Jahren abzeichnende innerdeutsche Annäherung mit ihren verdeckten Treffs von politischen Unterhändlern des BMG und Vertretern des SED-Regimes. Vor allem dieser weitgehend unbekannte Teil der politisch-operativen Geschichte, der mehr die Züge eines konspirativen Politthrillers als die eines normalen, transparenten politischen Tagesgeschäfts trug, macht das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zu einem lohnenswerten historiografischen Objekt.

Gleichzeitig wird aber auch deutlich, welche außerordentlich geschichtsprägende Kraft der „Faktor Mensch“, die Rolle und insbesondere die Sozialisation von Persönlichkeiten für historische Prozesse besitzen. So waren es in erster Linie persönliche Betroffenheit, ähnliche Biographien und Schicksale, die die Mitarbeiter des Ministeriums miteinander verbanden und aus tiefster innerster Überzeugung in ihrem konsequenten Kampf für die Einheit motivierten. Sie handelten zunächst in der Hoffnung, möglichst schnell überflüssig zu werden und damit von der Bonner politischen Bühne abdanken zu können. Denn der Tag, an dem das Bundeskabinett um jenes Regierungsressort verkleinert würde, war in ihren Augen ein Glücksfall für die deutsche Nation. Das wäre der Tag, an dem das nach 1945 geteilte Land in Freiheit wiedervereinigt würde. Dass es dazu kommen müsse, war unter den Beteiligten unbestritten. Und in ihrem anfänglichen Elan gingen sie sogar davon aus, dass sich jenes Ereignis in einem überschaubaren Zeitraum realisieren ließe. Freilich war es für sie damals nur schwer vorstellbar, dass sich das Ende des Ministeriums so wenig spektakulär vollziehen würde, wie das im Jahre 1990 dann schließlich geschah.

Nicht zuletzt diese Perspektiven schärfen den Blick dafür, dass das gesamtdeutsche Ressort keinesfalls nur als ein unbedeutendes „Broschürenministerium“ abgetan werden kann. Gewiss mochte dies in der Öffentlichkeit so erscheinen. Doch hinter den politischen Kulissen entwickelte sich das BMG zu einem Instrument, das sich unverzüglich in den Dienst des Kalten Krieges stellte. Sein Apparat und seine finanziellen Ressourcen ordneten sich ein in die damaligen Bemühungen, die kommunistische Bedrohung aus dem Osten mittels Psychologischer Kriegführung zurückzudrängen und dadurch die jenseits des „Eisernen Vorhangs“ lebenden Deutschen im Idealfall von der stalinistischen Diktatur zu befreien. Und daraus wiederum lassen sich – abseits der großen diplomatischen Bühne – aufschlussreiche Einblicke in die damalige politische Alltagspraxis und die speziellen Mechanismen des Kalten Krieges gewinnen.

Darüber hinaus bietet sich das gesamtdeutsche Ministerium in nahezu idealer Weise an, ein grundlegendes Verständnis für die innere Entwicklung und Politik-

gestaltung in der frühen Bundesrepublik zu erlangen. Am naheliegendsten erscheint dies für die Deutschlandpolitik, die seit Gründung der beiden deutschen Staaten die politischen Diskussionen und Maßnahmen beherrschte. Hier eignet es sich als zweckmäßiges Anschauungsobjekt, über das sich das politische Kalkül und der unter der Bezeichnung „Kanzlerdemokratie“ praktizierte Politikstil des auf Westintegration fixierten Bundeskanzlers Konrad Adenauer näher erschließen.

Die nachhaltigsten Einsichten liefert das Ministerium indes auf einem anderen Gebiet. Mit seinen nach außen, besonders jedoch mit den nach innen gerichteten Aktivitäten steht es geradewegs beispielhaft für den Wandel der politischen Kultur und – im Hinblick auf das Demokratieverständnis – für die sich verändernde mentale politische Bewusstseinslage, die die junge Bonner Republik bei ihrem „langen Weg nach Westen“⁸ entscheidend prägte. Damit erschließt sich durch den speziellen Fokus einer politischen Institution ein Stück bundes- wie innerdeutscher Nachkriegsgeschichte. Über einen Zeitraum von 20 Jahren werden dabei die längerfristigen Entwicklungen und Zäsuren, aber auch eine Fülle von Einzelheiten und Gegensätzen aufgezeigt, die die Politik und operativen Handlungsspielräume eines Bundesministeriums beeinflussten, das wie kein anderes Bonner Regierungsressort unter dem Eindruck des Kalten Krieges handelte.

⁸ So der Titel der zweibändigen Monografie von: Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte 1806–1933. Bd. 2: Deutsche Geschichte 1933–1990 (= Bundeszentrale für politische Bildung, Bde. 385, 463). Bonn 2002/2005.